

Küchenkönig Manufaktur GmbH & Co. KG

Gesellschaftsvertrag — Auszug (relevante Paragraphen) | Stand: 22.11.2019

GESELLSCHAFTSVERTRAG — AUSZUG Küchenkönig Manufaktur GmbH & Co. KG

Gesellschaftsvertrag vom 14. März 1987, zuletzt geändert durch Gesellschafterbeschluss vom 22. November 2019. Eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Paderborn unter HRA 4188. Dieser Auszug umfasst die für den Gesellschafterstreit (DWSP/2026/GR-4417) relevanten Klauseln (§§ 6, 7, 8, 9, 14).

§ 6 — Einberufung der Gesellschafterversammlung

- (1) Der Geschäftsführer der Komplementär-GmbH beruft die ordentlichen und außerordentlichen Gesellschafterversammlungen ein.
- (2) Die Einberufung erfolgt schriftlich per Einschreiben/Rückschein an die letzte bekannte Adresse jedes Gesellschafters unter Bekanntgabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens zwei Wochen.
- (3) Außerordentliche Gesellschafterversammlungen sind einzuberufen, wenn dies das Interesse der Gesellschaft erfordert oder ein Gesellschafter, der mindestens 10 % des Kommanditkapitals hält, dies schriftlich unter Angabe von Zweck und Gründen verlangt und der Geschäftsführer dieser Aufforderung innerhalb von vier Wochen nicht nachkommt.

§ 7 — Stimmrecht und Beschlussmehrheit

- (1) Jeder Gesellschafter hat je 1.000 EUR seines Kapitalanteils eine Stimme. Der Komplementär-GmbH wird für Zwecke der Stimmrechtsberechnung ein fiktiver Kapitalanteil von 260.000 EUR zugewiesen, sodass die Gesamtstimmengrundlage 1.000.000 Stimmen (= 1.000 Stimmen) beträgt.
- (2) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit dieser Vertrag oder das Gesetz nicht ausdrücklich eine qualifizierte Mehrheit vorsehen.
- (3) Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

§ 8 — Geschäftsführung und Zustimmungsvorbehalte

- (1) Die Geschäftsführung obliegt dem Geschäftsführer der Komplementär-GmbH. Er ist zur Vornahme aller Rechtshandlungen ermächtigt, die der gewöhnliche Geschäftsbetrieb mit sich bringt.
- (2) Für außergewöhnliche Geschäfte bedarf der Geschäftsführer der Zustimmung der Gesellschafterversammlung. Als außergewöhnlich gelten insbesondere:
- (3) Für folgende Maßnahmen bedarf der Geschäftsführer der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung: (a) Aufnahme von Krediten über 500.000 EUR; (b) Veräußerung von Grundstücken und Betriebsgebäuden; (c) Gründung oder Beteiligung an anderen Unternehmen, wenn die Investition 50.000 EUR oder die Beteiligungsquote 25 % übersteigt; (d) Investitionen außerhalb des

Bundesgebietes; (e) Abschluss von Miet- oder Leasingverträgen mit einer Laufzeit über 5 Jahre oder einem Gesamtwert über 250.000 EUR.

§ 9 — Ausschluss eines Gesellschafters

(1) Ein Gesellschafter kann aus wichtigem Grund durch Beschluss der übrigen Gesellschafter aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden.

(2) Als wichtiger Grund gilt insbesondere die schwerwiegende Pflichtverletzung, die grobe Verletzung der Gesellschaftertreuepflicht, die dauerhafte Unfähigkeit zur Ausübung der Gesellschafterrechte oder die Insolvenz eines Gesellschafters.

(3) Die Abfindung des ausgeschlossenen Gesellschafters richtet sich nach dem Buchwert des Kapitalanteils laut letzter festgestellter Jahresbilanz.

[KANZLEI-ANMERKUNG DWSP: Abs. 3 ist nach Maßgabe von BGH BGHZ 116, 359 und BGH BGHZ 123, 281 wegen sittenwidriger Unterschreitung des Verkehrswerts gemäß § 138 BGB nichtig. Anfechtungsklage LG Bielefeld 3 O 41/26.]

§ 14 — Wettbewerbsverbot

(1) Jeder Gesellschafter ist während seiner Mitgliedschaft verpflichtet, jede Tätigkeit zu unterlassen, die mit dem Gesellschaftszweck der Küchenkönig Manufaktur GmbH & Co. KG konkurriert.

(2) Diese Pflicht dauert nach dem Ausscheiden eines Gesellschafters zwei Jahre fort, räumlich beschränkt auf einen Umkreis von 150 km um den Gesellschaftssitz (Paderborn).

(3) Bei jedem Verstoß ist eine Vertragsstrafe von 50.000 EUR verwirkt; weitergehender Schadensersatz bleibt vorbehalten.

[KANZLEI-ANMERKUNG DWSP: Klausel ohne Karenzentschädigung — nach BGH II ZR 59/02 (NJW 2004, 66) bei Kommanditisten ohne angemessenen Ausgleich mit Art. 12 GG unvereinbar und gemäß § 138 BGB nichtig, soweit Stefan Geisen als Schreinermeister auf die Branchentätigkeit angewiesen ist.]

Quellen: §§ 161 ff. HGB — dejure.org/gesetze/HGB/161.html | § 138 BGB — dejure.org/gesetze/BGB/138.html | BGH II ZR 59/02 (NJW 2004, 66) | BGH BGHZ 116, 359 — bundesgerichtshof.de